

# Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales am 21. März 2012

Anwesend waren: Erster Bürgermeister Dotzel

Stadträtin Schwarz

Stadträtin Zethner

Stadtrat Gernhart

Stadtrat Feyh

Stadtrat Hofmann

Stadtrat Oettinger

Stadtrat Petermann

Stadtrat Jens Marco Scherf

Stadtrat Wetzel

Stadtrat Kettinger als Zuhörer

Herr Wohlmuth, Verbundkoordinator des Mittelschulverbunds (bei TOP 1)

Herr Sumpf, Rektor der Mittelschule Wörth (bei TOP 1)

Herr Stendel, Frau Eva Stendel (Büro Stendel, bei TOP 1)

VR A. Englert als Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich und dauerte von 19.00 Uhr bis 21.45 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

---

## 1. Generalsanierung der Volksschule

Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2012 war im Stadtrat die Notwendigkeit einer Generalsanierung der Volksschule unterschiedlich beurteilt worden. Mit Schreiben vom 17.02.2012 hat die Fraktion der SPD sinngemäß folgende Anträge gestellt:

- Vorlage einer Maßnahmenaufstellung zum notwendigen Brandschutz mit Kostenberechnung
- Überlassung des Schreibens des Staatlichen Schulamtes vom 28.11.2011 an alle Stadtratsmitglieder
- Aufnahme von Gesprächen mit der Regierung von Unterfranken über eine zeitlich gestreckte Sanierung (Brandschutz 2012, Fortsetzung ggf. ab 2014)
- Erarbeitung und Vorstellung von Szenarien zur künftigen Klassenbildung im Mittelschulverbund durch den Verbundkoordinator als Grundlage weiterer Entscheidungen des Stadtrates

Mit Schreiben vom 22.02.2012 hat die Regierung von Unterfranken für den Mittelschulstandort Wörth im Schulverbund Erlenbach-Klingenberg-Wörth mittel- bis langfristig fünf Klassen prognostiziert und demgemäß ein Raumprogramm ermittelt, das einschließlich der Fach- und Nebenräume insgesamt 1.485 m<sup>2</sup> Nutzflächen umfaßt.

Verbundkoordinator Wohlmuth stellte dem Ausschuß verschiedene, auf jetzigen Rahmenbedingungen (z.B. Unterrichtsstundenzuweisung) basierende Modelle vor, wie die Klassen im Mittelschulverbund künftig verteilt werden können. Als Prognosehorizont kann dabei etwa die Zeit bis 2020 angenommen werden, weil die dadurch betroffenen Kinder bereits geboren sind. Im Ergebnis sind nach Herrn Wohlmuth langfristig in jedem Fall Konzentrationsmaßnahmen nötig, wobei entweder Aktivitäten im jetzigen Verbund oder ein größerer Verbund denkbar sind.

Bürgermeister Dotzel verwies auf weitere Variablen, wie etwa Zuzugsgewinne, die Einfluß auf die künftige Entwicklung nehmen können. Zudem werde der Freistaat zusätzliche Lehrerstunden verteilen.

Stadtrat Oettinger stellte die Zukunft des dreigliedrigen Schulsystems insgesamt in Frage. Er regte an, vor dem Hintergrund der nächsten Landtagswahl zunächst die weitere schulpolitische Entwicklung zu beobachten.

Stadtrat Jens Marco Scherf kritisierte, daß der Zwang zur Durchführung einschneidender Maßnahmen in die Schulverbünde verlagert wurde; die staatlichen Behörden würden schon

deshalb keine Schulschließungen verfügen müssen. Das jetzige Verbundsystem werde nur etwa 6-8 Jahre tragfähig sein. Die durchgängige Einzügigkeit an allen Standorten mache eine Vielzahl dann nur wenig genutzter Fachräume nötig; durch entsprechende Konzentrationsmaßnahmen könnten hier erhebliche Einsparungen erreicht werden. Er plädierte dafür, zunächst in der Volksschule Würth nur die notwendigsten Maßnahmen insbesondere zum Brandschutz zu realisieren.

Bgm. Dotzel verwies auf die wachsende Bedeutung der Inklusion, die zum Erhalt des Schulverbunds beitragen werde. Klassenräume würden auch künftig unabhängig vom konkreten Schulsystem benötigt. Zudem seien derzeit günstige Fördermöglichkeiten gegeben.

Rektor Sumpf äußerte die Auffassung, der Freistaat werde die Mittelschulen auf Dauer erhalten. Dennoch sei der Schülerschwund unabweisbar.

Stadtrat Feyh warf die Frage auf, wie lange der Verbund wenigstens zwei Standorte aufrechterhalten könne. Nach Rektor Sumpf soll dies durch entsprechende kooperative Lösungen so lange wie möglich der Fall sein, zumal zwei Standorte bei der Stundenzuweisung Vorteile mit sich bringen.

Den baulichen Zustand der Schule ansprechend wies Herr Stendel auf folgende Mängel hin, die unabhängig von einem konkreten Raumprogramm behoben werden sollten:

- fehlende Wärmedämmung der Fassaden
- asbesthaltige Dacheindeckung, Einregenstellen
- schadhafte Entwässerung
- mangelhafter Brandschutz (Elektroinstallation, Feuerwiderstandsdauer der Baustoffe)

Dabei müßten einige akut erforderliche Maßnahmen (insbesondere Ertüchtigung der Fluchtwege) noch 2012 in Angriff genommen werden. Ein bestehender Brandschutz sei durch zwischenzeitliche Umbauten erloschen. Bgm. Dotzel machte deutlich, daß der Stadtrat insofern auch einem erheblichen Haftungsrisiko im Falle der Untätigkeit ausgesetzt ist.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales kam überein, daß die weitere Beratung der Baumaßnahmen in der Volksschule im Bau- und Umweltausschuß erfolgen soll. In der 2. Aprilhälfte soll hierzu eine eigene Sitzung stattfinden. Die Notwendigkeit von Entscheidungen des Stadtrats im Einzelfall bleibt hiervon unberührt.

Zudem beschloß der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales, daß dem Anliegen der SPD-Fraktion aus dem eingangs genannten Schreiben damit zunächst Genüge getan ist.

## **2. Zukünftige Gestaltung der Seniorenarbeit**

Im November 2009 hat der Landkreis Miltenberg sein Seniorenpolitisches Gesamtkonzept vorgelegt, das – gegliedert nach elf Handlungsfeldern – Empfehlungen und Maßnahmenvorschläge enthält, die die Strukturen für einen seniorengerechten Landkreis ausbauen sollen. Naturgemäß betrifft dies auch die Städte und Gemeinden des Landkreises; gewünscht wird deshalb von der Koordinierungsstelle am LRA eine institutionelle Festigung der örtlichen Seniorenarbeit.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales beriet verschiedene Möglichkeiten einer organisatorischen Ausrichtung (BKS selbst, stadtratsinternes Gremium, Seniorenbeirat mit externer Beteiligung, etc.).

Nach ausführlicher Erörterung beauftragte der Ausschuß die Verwaltung, die in der Seniorenarbeit aktiven Vereine und Verbände wie auch interessierte Einzelpersonen zu einem ersten Treffen einzuladen. Dabei bestand Einigkeit darüber, daß eine örtliche Konzeption auf eine Vernetzung der verschiedenen Akteure hinzielen muß; eine bloße Ansammlung von zielgruppenorientierten Einzelveranstaltungen wird bei aller Anerkennung ihrer Bedeutung als nicht hinreichend angesehen.

3. **Finanzielle Unterstützung der Veranstaltung „MuKuBe“ (Musik-Kunst-Begegnung)**

Mit Schreiben vom 08.02.2012 hat Herr Wilfried Ludwig im Namen des Vorbereitungsteams der Veranstaltung „MuKuBe (Musik-Kunst-Begegnung) die Stadt um eine finanzielle Unterstützung gebeten. Der Etat für das Jahr 2012 betrage ca. 2.800 € für Ausstattung, Ausstellung, Musikprogramm, Werbung etc.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales beauftragte die Verwaltung, zunächst zu klären, ob die Vernissage am Samstag, für die ein erheblicher Teil der Aufwendungen entsteht, eine eher private oder eine vollständig öffentliche Veranstaltung ist. Der Ausschuß war sich darin einig, daß eine Zuwendung für eine geschlossene Veranstaltung nicht in Betracht kommen kann.

Wörth a. Main, den 16.04.2012

Dotzel  
Erster Bürgermeister

A. Englert  
Protokollführer